

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Volker Schneider (Saarbrücken),  
Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**  
– Drucksache 16/13368 –

**Arbeitslosengeld I in der Krise befristet auf 24 Monate verlängern**

### **A. Problem**

Angesichts der Wirtschaftskrise erwarten die Initiatoren in diesem Sommer hunderttausende Arbeitslose. Für sie werde die Verkürzung des Arbeitslosengeldsbezugs auf zwölf Monate dramatische Konsequenzen haben. Zugleich verfüge die Bundesagentur für Arbeit nach Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung über einen reduzierten Haushalt.

### **B. Lösung**

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der antragstellenden Fraktion die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I für die Dauer von zwei Jahren für alle Anspruchsberechtigten auf einheitlich 24 Monate ausweiten. Außerdem solle die Defizithaftung des Bundes wieder eingeführt werden, um die Finanzbasis der Bundesagentur der Arbeit zu stärken.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht ermittelt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 16/13368 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Gerald Weiß (Groß-Gerau)**  
Vorsitzender

**Andrea Nahles**  
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung\*

## Bericht der Abgeordneten Andrea Nahles

### I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

#### 1. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/13368** ist in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Juni 2009 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen worden.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben den Antrag auf Drucksache 16/13368 in ihren Sitzungen am 1. Juli 2009 beraten. Der Haushaltsausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie haben mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Als Folge der Wirtschaftskrise rechnen die Initiatoren mit hunderttausenden Arbeitslosen. Mit ihrem Antrag will die antragstellende Fraktion die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen zusätzlich abfedern. Statt zwölf Monate sollten sie 24 Monate lang Arbeitslosengeld I beziehen. Das begrenze Verunsicherung und soziale Härten. Außerdem stabilisiere es die Binnennachfrage. Die längere Bezugsdauer solle auf zwei Jahre begrenzt werden. Darüber hinaus solle die Finanzbasis der Bundesagentur für Arbeit durch eine Wiedereinführung der Defizithaftung des Bundes gestärkt werden.

### III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 130. Sitzung am 1. Juli 2009 den Antrag auf Drucksache 16/13368 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung zu empfehlen.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erläuterte, dass eine Verlängerung der Anspruchsdauer für alle Arbeitslosen sowohl aus fiskalischen als auch aus ordnungspolitischen Gründen nicht in Betracht komme. Die Koalition habe im Rahmen der Konjunkturpakete

die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes verlängert und Regelungen hierzu für die Arbeitgeber attraktiver gestaltet. Alle Maßnahmen dienten dazu, die Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten. Dies sei besser, als den Arbeitnehmern eine längere Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ferner würden die derzeitigen Rechtsgrundlagen keinen Entscheidungsbedarf über die von der antragstellenden Fraktion geforderte Wiedereinführung einer Defizithaftung des Bundes erfordern. Vielmehr sei die Liquidität der Bundesagentur für Arbeit zu jedem Zeitpunkt – unabhängig von der Höhe des Defizits – sichergestellt. Daher werde die CDU/CSU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Die **SPD-Fraktion** erläuterte, dass die Beitragsmittel der Bundesagentur für Arbeit bei der Krisenbewältigung besser in die Kurzarbeit als in ein länger gezahltes Arbeitslosengeld I investiert würden. Es gehe darum, die Menschen in den Betrieben zu halten und Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden. Das funktioniere am besten über das Kurzarbeitergeld, bei dem die Koalition erst kürzlich noch einmal Verbesserungen vorgenommen habe. Weltweit sei Deutschland dabei in einer herausragenden Situation, was die Sicherung von Beschäftigung angehe. Hinzu kämen die deutsche Mitbestimmung und der Kündigungsschutz, die hier sehr geholfen hätten. Überdies sei das Arbeitslosengeld I bereits, soweit dies sinnvoll war, verlängert worden. Daher werde die SPD den Antrag ablehnen.

Die **FDP-Fraktion** sprach sich gegen eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes aus. Je länger die Zeiten der Arbeitslosigkeit seien, desto schlechter werde auch die Chance auf einen neuen Job. Längere Bezugszeiten führten zwangsläufig auch zu höheren Beitragssätzen. Diese seien aber mit Blick auf die Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze gerade zu stabilisieren. Hierfür bedürfe es grundlegender Reformen in der Arbeitsverwaltung und einer Stärkung des Versicherungsprinzips in der Arbeitslosenversicherung. Die FDP werde den Antrag daher ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** plädierte dafür, die Bundesagentur für Arbeit zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben auch angesichts steigender Arbeitslosenzahlen wahrnehmen zu können. Die frühere Defizithaftung des Bundes solle daher wieder eingeführt werden. Auch für die Arbeitslosen müssten die Folgen der Krise abgemildert werden. Daher trete die Fraktion für ein länger

gezahltes Arbeitslosengeld I ein. Der Antrag sei präzise auf die Krise ausgerichtet. Man werbe um Unterstützung dafür.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass der Antrag ohne Ehrgeiz an das Problem herangehe. Geld als einziges Angebot in der Krise eröffne keine Perspektive. Einfach passive Leistungen auszuzahlen, helfe nicht bei der Bewältigung der gravierenden Strukturprobleme. Besser wäre es,

regionale Transfergesellschaften einzurichten, in denen Qualifizierung und Existenzgründung gefördert würden, wie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen. Das sei als Angebot auch für kleine und mittlere Firmen geeignet. Qualifikation sei ein Angebot auch an Geringqualifizierte, um ihre Jobchancen zu verbessern. Der Antrag werde abgelehnt.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Andrea Nahles**  
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung\*